

Berliner Tageblatt

Nr. 132

und Handels-Zeitung

Ges. Redakteur Theodor Wolff in Berlin. Druck und Verlag von Rudolf Wolff in Berlin.

Herr Lefevre über die angebliche „deutsche Gefahr“

Neue Phantasien über deutsche Kriegsvorbereitungen.

Gegen die Abrüstung Frankreichs. — Starker Kammererfolg der Rede Lefevres. (Telegramm unseres Korrespondenten.)

Paris, 18. März.

Die gefräßige Kammererziehung brachte nicht die erwartete Erklärung des Ministerpräsidenten zu der Militärvorlage, sondern der frühere Kriegsminister André Lefevre bemühte die Gelegenheit, eine seiner bekannsten Reden über die deutsche Gefahr zu halten. Lefevre erzählte die gleiche Geschichte von Waffenbedeutungen von deutschen Rüstungen und von der heimlichen deutschen Heeresorganisation, die er im „Journal“ wiederholt erzählt hat. Besonders Gewicht legte er auf einen Artikel eines deutschen Erfinders Oswald, der im Jahre 1919 von einer französischen Neuauflage wiedergegeben ist. Dieser Herr Oswald hat angeblich geschrieben: „Wenn Frankreich nicht freiwillig abzurufen will, dann muß es dazu gezwungen werden.“ Diesen Satz müssen wir Franzosen nicht gegenüber Deutschland festhalten“, rief Lefevre. Seine Erklärungen über die verheerenden Waffen in Deutschland habe sein jetziger Ministerpräsident Delcasse nicht gelten lassen wollen, inwieweit habe sie aber Barthou bestätigt, und nachdem sie Briand erst abgelehnt habe, habe er sie in Washington zur Grundlage seiner Rede gemacht. Frankreich habe ein Drittel von dem, was es besitzen habe, verloren, und seine soziale Misere habe es dahin führen, daß dieser verlorene Reichtum in wenigen Jahren wiedergewonnen werde. Frankreich allein könne die Reparationslasten nicht tragen, während Deutschland, das reparieren müsse, die einzige große Nation Europas sei, die der Krieg unversehrt gelassen habe, und die fähig sei, zu bezahlen. Über Deutschland wolle nicht sprechen, und die Frage stelle sich für Frankreich, ob es das tun müsse, was Frankreich in der Hand gelassen werden solle. Deutschland zum Zuhlen zu zwingen. Lefevre sprach abdam davon, daß in den deutschen Fabriken Waffen verfertigt würden. Die militärischen Dokumente des Arsenals von Spandau habe man unter Siegel gelegt, an anderen Tagen seien sie verschwinden gewesen. In dem Maße, in dem die Deutschen ihre militärische Stärke wiederherstellen, seien die Antworten, die sie erhalten, weniger klar geworden bis zu dem Tage, an dem sie auf alle Fragen, die die Kontrollkommission stellen werde, überhaupt nicht mehr antworten würden. Deutschland könne offen keine schwere Artillerie mehr herstellen, aber das könne im Ausland geschehen. Gewöhnliche Geschütze könnten fabriziert werden, ohne daß jemand es bemerke. Ein befriedigender Typ deutscher Maschinengewehre könne 2000 Kugeln in der Minute abfeuern. Deutschland habe Atomoblasten zur Verfügung gestellt, die es erhalten, die nur ehemalige Offiziere anheften, um sich einen Führer zu schaffen. Die Mobilisierungsbüroaus rechneten mit 7 Millionen Mobilisierten. Die alten Regimenter hätten ihre Mobilisierungsbüroaus beibehalten, das seien die Kolonnen. Zweierlei diesmal im Jahre vereinige man sich zu einem festen Heer, und wer nicht an diesem Heer teilnehme, würde dann gefragt, warum er nicht erschienen sei. Jede Kompanie der Reichswehr habe ein Regiment an der Spitze, das die alten Kadetten aufrecht erhalte. Bei dem Aufstand in Oberfranken habe der deutsche General in kürzester Frist mehr als 100 000 Freiwillige zur Verfügung gehabt. Die Reichswehr sei ein Charakterheer, dessen Mannschaften ehemalige Interoffiziere seien. General v. Seidl habe es klar ausgesprochen, alle Mannschaften der Reichswehr müßten sich als Infanteristen betrachten. Alle diese Tatsachen beweisen die Notwendigkeit, daß Frankreich eine gewichtige militärische Rüstung besitze. In allen besetzten Ländern sei die Moral besser als bei den Siegern. Deutschland habe sich noch 1870 auf seine Vorrechte ausgerufen, und Frankreich habe 1880 eine bessere militärische Organisation als Deutschland besessen. Ein geschlagenes Volk sei das einzige, das den Krieg wünschen könne. (Der Moro-Glacier hat sich aufgelöst; und trotzdem hat das tieferliegende Deutschland den Krieg gewünscht.)

Lefevre glaubt nicht daran, daß Deutschland freiwillig seinen Verpflichtungen nachkommen werde. Eines Tages werde der

Reichstagsler Wirth seine Karten auf den Tisch legen (!) und sagen: „Geld wollt ihr haben? Kommt und holt es euch! Wenn Deutschland geliegt hätte, dann hätte es sich kein Geld schon zu holen gewußt. Man müge nur hören, was Sudenborff von Frankreich verlangen wollte. Zum folgt die Aufzählung der Forderungen, welche die ganze floridische Rüste und noch einiges mehr in deutschen Besitz bringen wollte. Daß diese Forderungen von einem großen Teil der deutschen Presse, besonders kräftig im „Berliner Tageblatt“ zurückgewiesen und für Wahnsinn erklärt worden sind, erzählt Lefevre der Kammer nichtlich nicht. Das könnte der Wirkung seiner Rede schaden. Ihm ist sogar der Kriegsminister Maginot in seinen Forderungen noch nicht weit genug gegangen. Die Dienstzeit von achtzehn Monaten reiche nicht aus. Eine Dienstzeit von zwei Jahren sei absolut notwendig. Menschlich könnte später die achtzehnmönatige Dienstzeit eingeführt werden, aber erst nach einer Uebergangsperiode, in der die Heere der kleinen Entente, besonders Polens, Rumaniens, Jugoslawiens und der Tschechoslowakei ausgebildet werden können. Erst wenn dies geschehen sei, dann wenn auch die französischen eingeborenen Truppen neu organisiert seien (!), werde der Frieden in der Welt geschlossen sein. Denn es gebe nur ein Volk in der Welt, das diesen Frieden stören wolle, und das sei das deutsche. Lefevre hebt wieder hervor, daß Frankreich kein Heer brauche, um den Weltfrieden zu erhalten, sondern nur ein Heer, das diesen Frieden nicht zum Frieden zwingen werden, werden wir von Deutschland eines Tages zum Kriege gezwungen werden.

Die reberliche Leistung André Lefevres ist nicht unermesslich, seine Anschauungen sind bekannt. Wohl aber war ihre Aufnahme durch die Kammer bemerkenswert. Vor einem Jahre hielt Lefevre auch einige große Brandreden, und er wurde nur mit Protestrufen von den linken und deutschen Reihen des Abgeordnetenhauses in anderen Teilen des Hauses angehört. Der damalige Ministerpräsident Briand, dem Deutschland während seiner Amtszeit zu danken hat, wies diese Ueberreibungen schärfend und sein fruchtbares Maß mit höchstem Sarkasmus zurück. Gekannt aber hatte Lefevre einen großen Erfolg. Die Rede konnte nicht mehr, die Hälfte der Deputierten erklärte, daß dieser Rede die Ehre des öffentlichen Ansehens zuteil werden sollte. (!) Diese Ehrung wurde allerdings von Lefevre abgelehnt. Es bleibt aber doch die Tatsache bestehen, daß sich die Stimmung im Parlament im Laufe dieses Jahres stark geändert hat. Was jetzt Poincaré über die Militärvorlage sagen wird, dürfte sehr interessant sein. Weiter als Lefevre kann er nicht gehen, aber daß er gleich seinem Vorgänger Briand nicht in den schäumenden nationalistischen Wein gessen wird, ist nicht anzunehmen. Die Welt erfährt jedenfalls durch solche Reden, wie die nationalitätlichen Führer Frankreichs über die Abrüstung Europas denken.

England

für Verminderung der Kontrollkommissionen.

Aufhebung der Kontrolle im Jahre 1923. — Kein Zwang zum Unterhalt der Kommissionen durch Deutschland. — Unerlässliche Aufhebung der Sanktionen in den Ruhrstädten.

London, 18. März. (W. I. B.)

Der stets gut unterrichtete diplomatische Berichtshalter des „Daily Telegraph“ schreibt: Soweit geklärt festgestellt werden konnte, war die britische Regierung noch zu keiner Entscheidung über die von den Vertretern Frankreichs und Italiens im Besonderen am 17. März in London abgehaltene Konferenz über die Kontrolle der deutschen Rüstungen gelangt. Der Berichtserhalter führt fort, soweit er wisse, äußerten sich die letzten Anweisungen, die von London an den englischen Botschafter in Paris, Lord Baring, ergangen seien, für eine Kontrolle durch eine weit weniger zahlreiche internationale Militär- und Aufseherkommission, als die augenblickliche, und zwar bis zu dem Zeitpunkt der Zurückziehung der britischen Truppen vom Aalener Besatzungsgebiet im Jahre 1923, wobei die Bedingung gestellt werde, daß Deutschland nicht gezwungen werde, für den Unterhalt der Kommission zu zahlen, und daß die augenblicklichen militärischen Sanktionen in den Ruhrstädten unerlässlich aufgehoben werden.

Die Dokumente Jzwolffs.

Ein Schwarzbuch.

In dem Artikel „Die Affäre Poincaré“, der am Morgen des 31. Dezember im „Berliner Tageblatt“ erschien, wurde angegeben, daß Herr René Marchand in Moskau damit beschäftigt sei, die in den wichtigsten aufgefundenen diplomatischen Aktenstücke der Kriegszeit zusammenzufassen, und daß eine Veröffentlichung damit erfolgen werde. Der erste Band dieser Dokumentensammlung ist jetzt in Paris, in französischer Sprache, durch die kommunistische Librairie du Travail, Lucie de Jemanais 96, herausgegeben worden, unter das französische Pseudonym Jean, wenn es nicht etwas daraus lernen, was ihm bisher verborgen geblieben ist. Das Buch ist betitelt: „Un livre noir. Diplomatie d'avant-guerre d'après les documents des archives russes“ und bringt im ersten Bande die Berichte Jzwolffs vom Januar 1911 bis zum Dezember 1912. Von den im „Berliner Tageblatt“ veröffentlichten Dokumenten finden sich in dem Bande die beiden ersten. Die aus dem Dezember 1912 stammen. Der Bericht Jzwolffs vom 18. Dezember enthält die bekannten Äußerungen über die Verhältnisse, die Anklagen passiven Verhalten gegenüber der russischen Mobilisation bei dem Ministerpräsidenten Poincaré und seinem Kreise hervorgehoben habe. René Marchand hat die eine dieser Berichtstellen folgendermaßen überliefert: „On envisage avec étonnement et avec appréhension que l'on ne cache pas, notre indifférence à l'égard du fait de la mobilisation en Autriche.“ Auch bei Wiedergabe des zweiten Satzes gebraucht er, etwas abweichend von unserer Uebersetzung, das Wort „étonnement“. Im übrigen deckt sich die französische Wiedergabe mit unserer deutschen, und das trifft natürlich auch auf die in diesem Berichte enthaltenen Mitteilungen Jzwolffs zu, die sich auf die Verteilung der russischen Subsidien an die französischen Presse beziehen. Diese Verteilung von Bekleidungs- oder Nahrungsgütern an die französischen Zeitungen wird gleichfalls in mehreren anderen, jetzt zum ersten Male erscheinenden Berichten des russischen Botschafters eine große Rolle und schon deshalb kann man voraussetzen, daß die Berliner Presse das „Schwarzbuch“ ganz ebenso mit Schrecken überlegen wird, wie sie die erste, hier vorgenommene Veröffentlichung tat.

René Marchand erzählt in einer Vorrede, die er vor dem Kriege, als französischer Journalist in Petersburg lebend, im Verleir mit dem Botschafter zwar manchmal ein vorübergehendes Unbehagen empfunden, aber dann doch 1914, gleich fast allen Franzosen, an die Wahrheit der offiziellen französischen Darstellung, an die alleinige Schuld Deutschlands geglaubt habe. Als er dann Gelegenheit erhalten habe, die in den Archiven des russischen Außenministeriums bewahrten Dokumente zu studieren, seien seine Zweifel beseitigt worden und er habe mit Verblüffung erkannt, daß der Militarismus der ganzen Welt mit gleicher Schuld belastet, und daß die Politik der Poincaré, Paléologue und anderer ganz und gar nicht die gerühmte Friedenspolitik gewesen sei. Er schildert die letzten „Alkoholische“, die in der französischen Botschaft in Petersburg sich ausbreitete, sobald De Casselle, unter dem Ministerium Poincaré dort als Botschafter zum Ersatz des abberufenen, durch die Kriegsintriganten verdrängten Botschafters Louis, eingetroffen war. Er schildert, wie der Botschaftssekretär Sabatier d'Espèran den russischen Journalisten systematisch bedrückte, Russland könne die Kontrollkommissionen nicht in Wien, sondern nur in Berlin, Italien und Deutschland sei der eigentliche Feind. Und so erzählt:

„Ich habe mir auch die letzten so niederdrückenden Tage, die dem Kriege vorangingen, ins Gedächtnis zurückgerufen und schließlich die Kriegserklärung, so ich in den intimsten Geheim, daß der Krieg auf jede Hoffnung zu fundieren würde, nicht im Genuß, diesmal ist alles zu Ende, noch nicht überlassen wollte und, nicht mehr für die Zeitung, sondern für mich selbst, im ersten Augenblicke noch auf Nachrichten ausgingen war. Herr Paléologue, dieser schone und mobile Diplomat, vollendet Repräsentant der Schule Metternichs, immer lächeln nach höflichen, Palästreuevolutionen, ersten politischen Gesprächen in Operlogien, hatte mich am Fuße der Treppe empfangen, mit strahlendem Gesicht und ich die Hände reibend. Ausgezeichnet, ausgezeichnet! Luxemburg ist überfallen; niemand ist die Voraussetzungen besser gewesen.“ Und indem ich die letzte Träne zurückdrängte, die mir damals ins Auge treten wollte, schüttelte ich das Genick ab, daß mich bei dem inneren, unüberwindlichen Gedanken an eine Katastrophe überkam, und ich ernstlich mich zu denken, daß ich ein höherer Franzose wäre, wenn ich nicht verstände, daß tatsächlich die Gelegenheiten niemals „besser“ gewesen sei.

Die Berichte des ersten Bandes können das Bild, das die am 31. Dezember hier veröffentlichten Dokumente zeigen, nur ergänzen. Jzwolffs fragt über die Möglichkeit und die Inanspruchnahme der internationalen Politik in Frankreich und in Deutschland alles von Poincaré, De Casselle usw. In einem Bericht vom 29. Februar 1912 findet man die hier schon in einem Monatsartikel angelegte Bemerkung — es ist nicht die einzige dieser Art — über die reibbare Gisellet Poincarés. Sie lautet: „Herr Poincaré, der sehr vornehme Qualitäten besitzt, ist gleichzeitig ein sehr aufrichtiger selbstbewußt und vermerkt sehr stark alles, was in seinen Augen eine Inanspruchnahme oder feiner Kritik gegenüber darstellt.“ Aus diesem Satze erfährt man vielerlei über die Intrigen, die sich zum Sturz des Botschafters Louis führten. In einer Scheinrede vom 23. Mai 1912 ermahnt Jzwolff, nachdem er über seine Operationen in dieser Angelegenheit berichtet hat, den Minister Sazonow, Herrn Louis gegenüber nicht spödiach zu werden: „In jedem Falle darf er nicht mehr zu den Inanspruchnahmen Berücksichtigung haben, und das muß er sich gesagt sein lassen.“ Erwähnen möchten wir heute noch einige Bemerkungen Jzwolffs in einem Bericht vom 21. November 1912. Auch ist

„Lloyd George geht nach Genua.“

Eine Erklärung von „mehrgedender Seite“.

London, 18. März. (W. I. B.)

Die Gerüchte, nach denen Lloyd George in zwei Wochen zurücktreten werde, werden von maßgebender Seite nachdrücklich für unbegründet erklärt. Es wird betont, Lloyd George gehe nach Genua als britischer Premierminister. Die Wahrscheinlichkeit, daß das Neuwahlen stattfinden werden, ist nach einer Mitteilung von mehrgedender Seite sehr weniger groß. Es wird angenommen, daß wenn Lloyd George nach der Genuaer Konferenz zurücktrete, eine konservative Regierung gebildet werden würde, die die Geschichte bis zum Herbst weiterführen, man mit einem eigenen Programm vor die Wähler trete.

Lloyd George nahm in einer gestern gehaltenen Rede Bezug auf seine Weigerung, das Staatssekretariat für Indien zu übernehmen. Er wies sich nachdrücklich gegen die Behauptung, daß er sich nicht auf ein einfaches Schiff begeben wolle. Er gab zu, daß in ihm die größten Schwierigkeiten der Regierung und ihm selbst über die Frage der auswärtigen Politik bestanden. Er erklärte die Hoffnung aus, daß viele Unfriedensgeister bald durch mehr Ordnung sein würden. Der einzige Grund für seine Weigerung sei seine Ansicht gewesen, daß er keine Partei und

damit dem Lande besser außerhalb der Regierung als innerhalb derselben dienen könne. Doch auch heute, er sei sicher, daß er in der Lage sein werde, dieses Programm zu unterstützen, in der Zwischenzeit werde er seine konservativen Führer unterstützen, ob sie sich im Kabinett befinden, wie Chamberlain, oder außerhalb wie Walfour, und wenn es bei den Wahlen die konservative gibt, die zu der Macht kämen, daß sie das Programm Chamberlain unterstützen könnten, so würde er auch bereit sein, mit ihnen zusammenzutreten.

Q. Was, 18. März.

Gegenüber den offiziellen Darstellungen von einer auf der Belgischer Konferenz zwischen den vier Mächten erreichten vollen Übereinstimmung melden die gut informierten Berliner „Mitte Europa“ aus Belgien, daß bezüglich der russischen Frage zwischen den Großmächten erhebliche Meinungsverschiedenheiten bestehen. Während sich Jugoslawien bezüglich dieser Frage der Tschechoslowakei anschließen habe, näherte sich Polen dem rumänischen Standpunkte. Aber auch hier beständen Differenzen. Polen würde die Anerkennung der Sowjetregierung in Genua, weil dadurch der Riger Vertrag internationaler Sanktion erhalte, Rumänien habe dagegen noch keinen Friedensvertrag mit Russland und fürchte, dieses werde bestrafen, auf das es nie verzichtete, für sich beanspruchen. (Siehe auch Seite 2.)